

MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausgabe A

8. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 9. Februar 1955

Nummer 16

Inhalt

(Schriftliche Mitteilung der veröffentlichten RdErl. erfolgt nicht.)

A. Landesregierung.

B. Ministerpräsident — Staatskanzlei —.

C. Innenminister.

I. Verfassung und Verwaltung: RdErl. 29. 1. 1955, Paßwesen: hier: Neue Muster für deutsche Reisepässe und Fremdenpässe. S. 233.
II. Personalangelegenheiten: RdErl. 28. 1. 1955, Mitglieder des Landespersonalausschusses. S. 233.
III. Kommunalaufsicht: RdErl. 28. 1. 1955, Feuerschutzwesen: hier: Durchführungsbestimmungen zum Gesetz über die Stiftung eines Feuerwehr-Ehrenzeichens vom 23. November 1954 (GV. NW. S. 351). S. 236.

D. Finanzminister.

RdErl. 20. 1. 1955, Ortsklassenverzeichnis. S. 237. — RdErl. 20. 1. 1955, Organisation der Besatzungskostenämter und Lohnstellen. S. 242.

E. Minister für Wirtschaft und Verkehr.

F. Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

G. Arbeits- und Sozialminister.

H. Kultusminister.

H. Kultusminister. F. Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.
Gem. RdErl. 21. 5. 1954, Abgrenzung der Zuständigkeit zwischen Naturschutz- und Forstbehörden. S. 243.

J. Minister für Wiederaufbau.

K. Justizminister.

Bekanntmachung des Landschaftsverbandes Rheinland.

28. 1. 1955, Mitgliedschaft in der 1. Landschaftsversammlung Rheinland. S. 244.

C. Innenminister

I. Verfassung und Verwaltung

Paßwesen; hier: Neue Muster für deutsche Reisepässe und Fremdenpässe

RdErl. d. Innenministers v. 29. 1. 1955 —
I — 13—38 Nr. 328/50

Der Bundesminister des Innern hat auf Grund der §§ 13 und 27 der Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zur Ausführung des Paßgesetzes v. 15. 8. 1952 (BAnz. Nr. 161 S. 1) neue Muster für deutsche Reisepässe (Einzel- und Familienpässe) und Fremdenpässe bestimmt. Die neuen Muster sind im GMBl. 1954, S. 526 bis 529 veröffentlicht. Sie können kostenpflichtig von der Bundesdruckerei bezogen werden.

Etwaige bei den Paßbehörden noch vorrätige alte Paßvordrucke können aufgebraucht werden.

Die nach dem bisherigen Muster ausgestellten Einzel- und Familienpässe sind weiterhin im Rahmen ihrer Geltungsdauer gültig.

Vordrucke für Fremdenpässe nach neuem Muster werden von der Bundesdruckerei erst hergestellt, wenn ein dort vorrätiger größerer Posten des bisherigen Musters aufgebraucht ist.

An die Regierungspräsidenten,
Landkreise und kreisfreien Städte.

— MBl. NW. 1955 S. 233.

1955 S. 233 u.
geänd.
1955 S. 2174

II. Personalangelegenheiten

Mitglieder des Landespersonalausschusses

RdErl. d. Innenministers v. 28. 1. 1955
— II A 1 — 25.21.22 — 43/55 —
— III A — 5208/55

Nachstehend gebe ich ein Verzeichnis der Mitglieder des nach § 106 in Verbindung mit den §§ 107 und 210 Abs. 3 LBG errichteten Landespersonalausschusses bekannt. Gleichzeitig bitte ich, den beamteten Mitgliedern im notwendigen Umfange Dienstbefreiung zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben im Landespersonalausschuß zu gewähren; ich weise ferner auf § 108 Abs. 2 LBG hin, wo-

nach die Mitglieder des Landespersonalausschusses wegen ihrer Tätigkeit weder dienstlich gemaßregelt noch benachteilt werden dürfen.

Verzeichnis der Mitglieder des Landespersonalausschusses

Die zu I. genannten Mitglieder sind kraft Gesetzes ständige Mitglieder (§ 107 Abs. 1 Satz 2 LBG); sie werden durch die von ihnen bestimmten Vertreter vertreten (§ 107 Abs. 1 Satz 5 Halbsatz 1 LBG). Die unter II. aufgeführten Beamten sowie die unter III. aufgeführten Richter sind von der Landesregierung als Mitglieder bzw. als stellvertretende Mitglieder auf die Dauer von 4 Jahren in den Landespersonalausschuß berufen worden (§ 107 Abs. 1 Satz 3 und 5 Halbsatz 2 bzw. § 210 Abs. 3 LBG).

I. Ständige Mitglieder nach § 107 Abs. 1 Satz 2 LBG

Dr. Meyers, Franz, Innenminister	Innenministerium
Dr. Flecken, Adolf, Finanzminister	Finanzministerium
Dr. Amelunxen, Rudolf, Justizminister	Justizministerium
Schütz, Werner, Kultusminister	Kultusministerium
Dr. Schrader, Hans-Wilhelm, Präsident d. Landesrechnungshofs	Landesrechnungshof

II. Berufene Mitglieder in Angelegenheiten der Beamten nach § 107 Abs. 1 Satz 3 und 5 Halbsatz 2 LBG

a) ordentliche Mitglieder:	
Dr. Franke, Josef, Beigeordneter	Stadt Köln
Wagener, Wilhelm, Stadtdirektor	Stadt Bensberg
Dr. Fuhrmann, Otto, Regierungsdirektor	Finanzamt Düsseldorf-Süd
Schnitzler, Heinrich, Verwaltungsrat	Stadt Recklinghausen
Aschfalk, Christian, Rektor	Schulverwaltung Aachen

Wernery, Hans,
Regierungsrat
Falk, Herbert,
Stadtverwaltungsdirektor
Pensky, Heinrich,
Kriminalsekretär
b) stellvertretende Mitglieder:
Feuring, Adolf,
Oberkreisdirektor
Dr. Abel, Walter,
Stadtdirektor
Meis, Hans,
Steueramtmann
Wasmuth, Albert,
Stadtamtman
Dr. Pieper, Heinr.,
Studienrat
Friederichs, August,
1. Hauptwachtmeister
Dahlhoff, Hermann,
Rektor
Voß, Bernhard,
Polizeiamtmann

Ministerium für Wirtschaft und Verkehr
Stadt Gelsenkirchen
Polizeipräsident Essen
Kreis Altena
Stadt Velbert
Oberfinanzdirektion Münster
Betriebsprüfungs-
außenstelle Dortmund
Stadt Dortmund
Stadt Wuppertal
Strafanstalt Lüttring-
hausen
Schulverwaltung Essen
Polizeipräsident Gelsenkirchen

III. Berufene Mitglieder in Angelegenheiten der Richter nach § 210 Abs. 3 LBG

a) ordentliche Mitglieder:
Klompen, Wilhelm,
Landgerichtspräsident
Barbrock, Bernhard,
Senatspräsident
Dr. Heimsoeth, Franz,
Landgerichtsdirektor
Dr. Schumacher, Albert,
Landgerichtspräsident
Dammann, Bernhard,
Landgerichtsdirektor
Dr. Vygen, Heinrich,
Landgerichtsdirektor
Dr. Loening, Hellmuth,
Senatspräsident
Benesch, Otto,
Landessozialgerichtsrat
b) stellvertretende Mitglieder:
Dr. Hoberg, Theod.,
Vizepräsident
Fritz, Walther,
Senatspräsident
Bergmann, Otto,
Arbeitsgerichtsdirektor
Reske, Otto,
Finanzgerichtsrat
Dr. Koch, Hans,
Verwaltungsgerichtsdirektor
Schulze, Karl-Heinz,
Sozialgerichtsrat

Landgericht Düsseldorf
Oberverwaltungs-
gericht Münster
Landgericht Köln
Landgericht Köln
Landgericht Essen
Landgericht Duisburg
Oberverwaltungs-
gericht Münster
Landessozialgericht
Essen
Oberlandesgericht
Düsseldorf
Landessozialgericht
Essen
Landesarbeitsgericht
Düsseldorf
Finanzgericht Münster
Landesverwaltungs-
gericht Düsseldorf
Sozialgericht Düsseldorf

Verweyen, Werner,
Amtsgerichtsrat
Dr. Funke, Albert,
Amtsgerichtsrat
An alle Landesbehörden,
Gemeinden, Gemeindeverbände und sonstigen
der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts.

— MBl. NW. 1955 S. 233.

III. Kommunalaufsicht

Feuerschutzwesen; hier: Durchführungsbestimmungen zum Gesetz über die Stiftung eines Feuerwehr-Ehrenzeichens vom 23. November 1954 (GV. NW. S. 351)

RdErl. d. Innenministers v. 28. 1. 1955 —
III A 1/11—01 — 2313/54

Nr. 1

Vorschläge auf Verleihung des Feuerwehr-Ehrenzeichens müssen den Zunamen, den Vornamen, das Geburtsjahr sowie Angaben über die Dienstzeit und den Dienstgrad in der Feuerwehr enthalten. In den Fällen des § 2 Abs. 3 des Gesetzes ist das die Verleihung der Auszeichnung rechtfertigende besondere Verdienst um das Feuerschutzwesen oder das besonders mutige und entschlossene Verhalten im Feuerwehreinsatz darzulegen.

Nr. 2

(1) Um sicherzustellen, daß Feuerwehr-Ehrenzeichen aus Anlaß einer 25- oder 40jährigen Dienstzeit rechtzeitig verliehen werden, sind die Vorschläge spätestens drei Monate vor Ablauf dieser Zeit dem Regierungspräsidenten vorzulegen.

(2) Die Regierungspräsidenten haben mir die bis zum 15. eines jeden Monats eingegangenen Vorschläge spätestens zum ersten des nächsten Monats in Vorschlagslisten nach Formblatt (Anl. 1 und 2) in zweifacher Ausfertigung einzureichen.

Nr. 3

Vorschläge für die Verleihung der Sonderstufe sind auf dem Dienstwege einzurichten. Sie sind mit einer Stellungnahme des Regierungspräsidenten, in den Fällen des § 1 Abs. 2 Satz 2 der DVO. v. 28. Januar 1955 (GV. NW. S. 13) außerdem mit einer Stellungnahme des Oberkreisdirektors zu versehen.

Nr. 4

(1) Die Landesregierung übernimmt die Beschaffung des Feuerwehr-Ehrenzeichens für Feuerwehrangehörige, denen seit dem 23. August 1946 eine Ehrenurkunde für 25-, 40- oder 50jährige Dienstzeit verliehen worden ist (§ 7 des Gesetzes).

(2) Die Regierungspräsidenten fordern bei mir bis zum **31. März 1955** die nach dem Bericht der Vorschlagsberechtigten (§ 1 Abs. 1 der DVO. v. 28. 1. 1955) erforderliche Zahl von Feuerwehr-Ehrenzeichen an.

Nr. 5

Die Aushändigung des Feuerwehr-Ehrenzeichens hat in würdiger Form stattzufinden. Sie ist in der Regel den Vorschlagsberechtigten zu überlassen.

An die Gemeinden, Ämter und Landkreise,
Gemeindeaufsichtsbehörden.

Anlage 1
(Größe DIN A 4)

**Vorschlagsliste
für die Verleihung des Feuerwehr-Ehrenzeichens
in Silber**

Lfd. Nr.	Z u n a m e	Vorname	Geb.-Jahr	Dienstgrad	Bezeichnung der Feuerwehr*)	Dienstzeit

*) Anzugeben ist: BF in
FF in in
V/F Firma in

Anlage 2
(Größe DIN A 4)

**Vorschlagsliste
für die Verleihung des Feuerwehr-Ehrenzeichens
in Gold**

Lfd. Nr.	Z u n a m e	Vorname	Geb.-Jahr	Dienstgrad	Bezeichnung der Feuerwehr*)	Dienstzeit

*) Anzugeben ist:
BF in
FF in
WF Firma in

— MBl. NW. 1955 S. 236.

1955 S. 237
s. a.
1955 S. 1898

D. Finanzminister

Ortsklassenverzeichnis

RdErl. d. Finanzministers v. 20. 1. 1955 —
B 2122 — 21/IV/55

Das Ortsklassenverzeichnis für die Bundesbeamten ist durch die nachstehend abgedruckte Verordnung v. 13. Dezember 1954 (BGBI. II S. 1208) geändert worden. Da nach § 11 des Besoldungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen v. 9. Juni 1954 (GV. NW. S. 162) für die Festsetzung des Wohnungsgeldzuschusses das Ortsklassenverzeichnis in der jeweils für die Bundesbeamten geltenden Fassung maßgebend ist, gilt die vorbezeichnete Verordnung zur Änderung des Ortsklassenverzeichnisses auch für die Festsetzung des Wohnungsgeldzuschusses nach dem Landesbesoldungsgesetz. Der sich aus der Änderung des Ortsklassenverzeichnisses ergebende höhere Wohnungsgeldzuschuß ist mit Wirkung vom 1. Januar 1955 zu zahlen.

Im Einvernehmen mit dem Innenminister.

„Verordnung
zur Änderung des Ortsklassenverzeichnisses.
Vom 13. Dezember 1954.

Auf Grund des § 12 Abs. 3 des Besoldungsgesetzes vom 16. Dezember 1927 (Reichsgesetzbl. I S. 349) in der Fassung des Dritten Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Besoldungsrechts vom 27. März 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 81) wird mit Zustimmung des Bundesrates verordnet:

§ 1

In dem durch die Verordnung vom 23. Oktober 1924 (Reichsbesoldungsblatt S. 289) festgelegten Ortsklassenverzeichnis in der zur Zeit geltenden Fassung werden die folgenden Orte aus den bisherigen Stufen mit Wirkung vom 1. Januar 1955 in die nachstehend aufgeführten Stufen eingereiht:

Gemeinde	aus Ortsklassenstufe von bisher: nach neu:
A. Baden-Württemberg:	
Fellbach	A S
Freiburg im Breisgau	A S
Heidelberg	A S
Karlsruhe	A S
Badenweiler, Kreis Müllheim	B A
Böblingen	B A
Bruchsal	B A
Freudenstadt	B A
Friedrichshafen	B A
Göppingen	B A
Heilbronn	B A
Neckarsulm, Kreis Heilbronn-Land	B A
Reutlingen	B A
Sindelfingen, Kreis Böblingen	B A
Tübingen	B A
Überlingen	B A
Ulm	B A
Villingen	B A
Asperg, Kreis Ludwigsburg	C B
Bad Boll, Kreis Göppingen	C B

Gemeinde	aus Ortsklassenstufe von bisher: nach neu:
Bad Friedrichshall, Kreis Heilbronn-Land	C B
Bad Krozingen, Kreis Müllheim	C B
Bad Liebenzell, Kreis Calw	C B
Bad Wimpfen, Kreis Heilbronn-Land	C B
Beuron, Kreis Sigmaringen	C B
Bissingen an der Enz, Kreis Ludwigsburg	C B
Ditzingen, Kreis Leonberg	C B
Eislingen an der Fils, Kreis Göppingen	C B
Enzklösterle, Kreis Calw	C B
Gerlingen, Kreis Leonberg	C B
Giengen an der Brenz, Kreis Heidenheim	C B
Grenzach, Kreis Lörrach	C B
Grötzingen, Kreis Karlsruhe-Land	C B
Hagnau, Kreis Überlingen	C B
Herrenberg, Kreis Böblingen	C B
Hinterzarten, Kreis Neustadt (Schwarzwald)	C B
Hirsau, Kreis Calw	C B
Ilvesheim, Kreis Mannheim-Land	C B
Klosterreichenbach, Kreis Freudenstadt	C B
Königsfeld im Schwarzwald, Kreis Villingen	C B
Korntal, Kreis Leonberg	C B
Künzelsau	C B
Laufenburg, Kreis Säckingen	C B
Leimen, Kreis Heidelberg-Land	C B
Leinfelden, Kreis Böblingen	C B
Marbach am Neckar, Kreis Ludwigsburg	C B
Meersburg, Kreis Überlingen	C B
Neureut (Baden), Kreis Karlsruhe-Land	C B
Offingen, Kreis Waiblingen	C B
Ohringen	C B
Pfullingen, Kreis Reutlingen	C B
Rommelshausen, Kreis Waiblingen	C B
Schmidten, Kreis Waiblingen	C B
Schömberg, Kreis Calw	C B
Schriesheim, Kreis Mannheim-Land	C B
Titisee, Kreis Neustadt (Schwarzw.)	C B
Todtmoos, Kreis Säckingen	C B
Unterlengenhardt, Kreis Calw	C B
Wehr, Kreis Säckingen	C B
Weingarten, Kreis Ravensburg	C B
Wendlingen am Neckar, Kreis Nürtingen	C B
B. Bayern:	
Gräfelfing, Kreis München-Land	B S
Grünwald, Kreis München-Land	B S
Pullach, Kreis München-Land	B S
Bad Reichenhall	B A
Bad Wiessee, Kreis Miesbach	B A
Bayerisch Gmain, Kreis Berchtesgaden	B A
Berchtesgaden	B A
Grainau, Kreis Garmisch-Partenkirchen	B A

Gemeinde	aus Ortsklassenstufe von bisher:	nach neu:
Hof (Saale)	B	A
Karlstein, Kreis Berchtesgaden	B	A
Mittenwald, Kreis Garmisch-Partenkirchen	B	A
Neu-Ulm	B	A
Oberammergau, Kreis Garmisch-Partenkirchen	B	A
Rottach-Egern, Kreis Miesbach	B	A
Schliersee, Kreis Miesbach	B	A
Schweinfurt	B	A
Tegernsee, Kreis Miesbach	B	A
Bad Heilbrunn, Kreis Tölz	C	B
Bad Kohlgrub, Kreis Garmisch-Partenkirchen	C	B
Bad Neustadt a. d. Saale	C	B
Bad Steben, Kreis Naila	C	B
Bad Wörishofen, Kreis Mindelheim	C	B
Bayrischzell, Kreis Miesbach	C	B
Bischofswiesen, Kreis Berchtesgaden	C	B
Cham	C	B
Donauwörth	C	B
Eichstätt, Reg.-Bez. Mittelfranken	C	B
Farchant, Kreis Garmisch-Partenkirchen	C	B
Feldafing, Kreis Starnberg	C	B
Fischbach, Kreis Nürnberg-Land	C	B
Fischbachau, Kreis Miesbach	C	B
Fischen im Allgäu, Kreis Sonthofen	C	B
Friedberg	C	B
Gauting, Kreis Starnberg	C	B
Gersthofen, Kreis Augsburg-Land	C	B
Gössweinstein, Kreis Pegnitz	C	B
Günzburg, Reg.-Bez. Schwaben	C	B
Hindelang, Kreis Sonthofen	C	B
Kelheim	C	B
Königssee, Kreis Berchtesgaden	C	B
Krailling, Kreis Starnberg	C	B
Kreuth, Kreis Miesbach	C	B
Krün, Kreis Garmisch-Partenkirchen	C	B
Lichtenfels	C	B
Mainburg	C	B
Marquartstein, Kreis Traunstein-Land	C	B
Mühldorf, Reg.-Bez. Oberbayern	C	B
Münchberg	C	B
Nördlingen	C	B
Nonnenhorn, Kreis Lindau	C	B
Oberaudorf, Kreis Rosenheim	C	B
Oberhaching, Kreis München-Land	C	B
Oberstaufen, Kreis Sonthofen	C	B
Pfronten, Kreis Füssen	C	B
Prien/Chiemsee, Kreis Rosenheim-Land	C	B
Ramsau, Kreis Berchtesgaden	C	B
Reit im Winkl, Kreis Traunstein-Land	C	B
Ruhpolding, Kreis Traunstein-Land	C	B
Schäftlarn, Kreis Wolfratshausen	C	B
Schönau, Kreis Berchtesgaden	C	B
Schwaig, Kreis Nürnberg-Land	C	B
Schwangau, Kreis Füssen	C	B
Stadtbergen, Kreis Augsburg-Land	C	B
Unterbiberg (außer Bahnhof Neubiberg), Kreis München-Land	C	B
Unterhaching, Kreis München-Land	C	B
Unterschleißheim, Kreis München-Land	C	B
Unterwössen, Kreis Traunstein-Land	C	B
Wasserburg am Bodensee, Kreis Lindau	C	B
Weilheim	C	B
Weißenburg	C	B
C. B r e m e n :		
Bremen, Stadt	A	S
D. H e s s e n :		
Wiesbaden	A	S
Neu-Isenburg, Kreis Offenbach/Main-Land	B	A

Gemeinde	aus Ortsklassenstufe von bisher:	nach neu:
Rüsselsheim, Kreis Groß-Gerau	B	A
Babenhausen, Kreis Dieburg	C	B
Lohfelden (fr. Krumbach), Kreis Kassel-Land	C	B
Mittelheim, Rheingaukreis	C	B
Oberstedten, Obertaunuskreis	C	B
Raunheim, Kreis Groß-Gerau	C	B
E. N i e d e r s a c h s e n :		
Hannover	A	S
Göttingen	B	A
Hildesheim	B	A
Juist	C	A
Langenhagen, Kreis Hannover-Land	B	A
Vinnhorst, Kreis Hannover-Land	B	A
Wolfsburg, Kreis Gifhorn	B	A
Ahlem, Kreis Hannover-Land	C	B
Bad Rothenfelde, Kreis Osnabrück-Land	C	B
Baltrum	C	B
Brinkum, Kreis Grafschaft Hoya	C	B
Cloppenburg	C	B
Diepholz	C	B
Empelde, Kreis Hannover-Land	C	B
Fleestedt, Kreis Harburg	C	B
Geismar, Kreis Göttingen-Land	C	B
Gifhorn	C	B
Hemmingen, Kreis Hannover-Land	C	B
Herzberg am Harz, Kreis Osterode am Harz	C	B
Iburg, Kreis Osnabrück-Land	C	B
Langen, Kreis Wesermünde	C	B
Langeoog	C	B
Leversen, Kreis Harburg	C	B
Loga, Kreis Leer	C	B
Lohne, Kreis Vechta	C	B
Maschen, Kreis Harburg	C	B
Meckelfeld, Kreis Harburg	C	B
Meppen	C	B
Metzendorf, Kreis Harburg	C	B
Sandhorst, Kreis Aurich	C	B
Soltau	C	B
Spiekeroog	C	B
Stadthagen, Kreis Schaumburg-Lippe	C	B
Tötensen, Kreis Harburg	C	B
Uslar, Kreis Northeim	C	B
Vechta	C	B
Wangerode	C	B
Weende, Kreis Göttingen-Land	C	B
Wester celle, Kreis Celle-Land	C	B
Wulmstorf, Kreis Harburg	C	B
F. N o r d r h e i n - W e s t f a l e n :		
Bochum	A	S
Bonn	A	S
Duisburg	A	S
Gelsenkirchen	A	S
Leverkusen, Rhein-Wupper-Kreis	A	S
Münster	A	S
Rondorf, Ortsteil Rodenkirchen, Kreis Köln-Land	A	S
Altena	B	A
Bad Salzuflen, Kreis Lemgo	B	A
Büderich, Kreis Grevenbroich	B	A
Detmold	B	A
Dinslaken	B	A
Duisdorf, Kreis Bonn-Land	B	A
Gevelsberg, Ennepe-Ruhr-Kreis	B	A
Gütersloh, Kreis Wiedenbrück	B	A
Klafeld, Kreis Siegen	B	A
Lengsdorf, Kreis Bonn-Land	B	A
Lövenich, Kreis Köln-Land	B	A
Lüdenscheid	B	A
Marl, Kreis Recklinghausen-Land	B	A
Moers	B	A
Oer-Erkenschwick, Kreis Recklinghausen-Land	B	A
Paderborn	B	A
Plettenberg, Kreis Altena	B	A
Rheinhausen, Kreis Moers	B	A

Gemeinde	aus Ortsklassenstufe von bisher: nach neu:	
Rondorf (außer Ortsteil Rodenkirchen), Kreis Köln-Land	B	A
Schwelm, Ennepe-Ruhr-Kreis	B	A
Troisdorf, Siegkreis	B	A
Velbert, Kreis Düsseldorf-Mettmann	B	A
Walsum, Kreis Dinslaken	B	A
Werdohl, Kreis Altena-Land	B	A
Wesseling, Kreis Köln-Land	B	A
Witten	B	A
Bad Driburg, Kreis Höxter	C	B
Bad Lippspringe, Kreis Paderborn	C	B
Bad Meinberg, Kreis Detmold	C	B
Bad Säsendorf, Kreis Soest	C	B
Baesweiler, Kreis Geilenkirchen-Heinsberg	C	B
Bigge, Kreis Brilon	C	B
Brilon	C	B
Ennigloch, Kreis Herford	C	B
Erwitte, Kreis Lippstadt	C	B
Geseke, Kreis Lippstadt	C	B
Greven, Kreis Münster-Land	C	B
Hamm, Kreis Recklinghausen-Land	C	B
Hiddesen, Kreis Detmold	C	B
Hiltrup, Kreis Münster-Land	C	B
Horrem, Kreis Bergheim-Erf	C	B
Ippendorf, Kreis Bonn-Land	C	B
Lage, Kreis Detmold	C	B
Lendringen, Kreis Iserlohn	C	B
Lindlar, Rheinisch-Bergischer Kreis	C	B
Lipp, Kreis Bergheim-Erf	C	B
Niedermarsberg, Kreis Brilon	C	B
Olsberg, Kreis Brilon	C	B
Polsum, Kreis Recklinghausen-Land	C	B
Rösrath, Rheinisch-Bergischer Kreis	C	B
Senne I, Kreis Bielefeld-Land	C	B
Stadtlohn, Kreis Ahaus	C	B
Sundern, Kreis Arnsberg	C	B
Versmold, Kreis Halle	C	B
Wassenberg, Kreis Geilenkirchen-Heinsberg	C	B
Winterberg, Kreis Brilon	C	B
G. Rheinland-Pfalz:		
Mainz	A	S
Bad Bertrich, Kreis Cochem	B	A
Bingerbrück, Kreis Kreuznach	B	A
Idar-Oberstein, Kreis Birkenfeld	B	A
Kaiserslautern	B	A
Pirmasens	B	A
Hambach, Kreis Neustadt a. d. Haardt	C	B
Hoppstädten (Nahe), Ortsteil Neubrücke, Kreis Birkenfeld	C	B
Manderscheid, Kreis Wittlich	C	B
Niederbreisig, Kreis Ahrweiler	C	B
Rengsdorf, Kreis Neuwied	C	B
Rodalben, Kreis Pirmasens	C	B
H. Schleswig-Holstein:		
Bargteheide, Kreis Stormarn	C	B
Harksheide, Kreis Stormarn	C	B
Kampen (Sylt)	C	B
Keitum (Sylt)	C	B
Rantum (Sylt)	C	B
Schwarzenbek, Kreis Herzogtum Lauenburg	C	B
Suchsdorf, Kreis Rendsburg	C	B
Timmendorfer Strand, Kreis Eutin	C	B
Uetersen	C	B
Wenningstedt (Sylt)	C	B

§ 2

Nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 12 des Dritten Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Besoldungsrechts gilt diese Rechtsverordnung auch im Land Berlin.

§ 3

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1955 in Kraft.

Bonn, den 13. Dezember 1954.

Der Bundesminister der Finanzen.

In Vertretung:
Hartmann."

— MBl. NW. 1955 S. 237.

**Organisation der Besatzungskostenämter
und Lohnstellen.**

RdErl. d. Finanzministers v. 20. 1. 1955 —
Rqu 1110 — 260/55/III E 4

Das mit meinem u. a. RdErl. bekanntgegebene Anschriftenverzeichnis (Anlage 1) und die Übersicht über die fachliche Zuständigkeit (Anlage 2) der Kreisbesatzungskostenämter und Lohnstellen im Lande Nordrhein-Westfalen bitte ich wie folgt zu berichtigen:

Anlage 1

Seite lfd.	Berichtigungen
Nr.	(Stand 15. Januar 1955)
1 a)	streiche Tel.Nr. „32541—32549“ und setze dafür Tel.Nr. „421“.
1 3	streiche Hoeschplatz 7 und setze dafür „Marienstraße“.
1 5	streiche „Am Frankenruh 1“ und setze dafür „Herzog-Wilhelmstraße“.
1 9	streiche „Rathaus“ und setze dafür „Huestr. 20“.
2 23	streiche Tel.Nr. „2241“ und setze dafür Tel.Nr. „4241“.
2 25	streiche „Schloß“ und setze dafür „Werkhalle“; streiche Tel.Nr. „4948“.
2 26	streiche Tel.Nr. „327“ und setze dafür Tel.Nr. „7222“.
2 28	streiche „Viktoriastr. 4a“ und setze dafür „Bahnhofstr. 2“; setze unter Tel.Nr. hinzu „7063, 7011“.
3 33	streiche „Hölserstr. 23“ und setze dafür „Burg“; streiche Tel.Nr. „540“ und setze dafür Tel.Nr. „851“.
3 35	streiche „Neanderstr. 85“ und setze dafür „Goethestr. 13“.
3 38	streiche „Landkreis Viersen“ und setze dafür „Stadtkreis Viersen“.
3 39	streiche „Kleiner Werth 9“ und setze dafür „Steinweg 20“.
3 42	streiche „Hofgartenstr. 3“ und setze dafür „Viktoriastr. 27“.
3 43	streiche Tel.Nr. „320 41“ und setze dafür Tel. Nr. „318 21“.
5 20	streiche „Steinweg 4“ und setze dafür „Steinweg 5“.
5 21	streiche „Kettenpohl 11“ und setze dafür „Barracke am Kreiskrankenhaus“; streiche Tel.Nr. „612“ und setze dafür Tel.Nr. „7222“.
5 24	streiche „Rathaus Fischeln“ und setze dafür „Hansaстр. 89“; setze unter Tel.Nr. hinzu „281 51“.
6 39	kommt mit allen Angaben in Fortfall.

Anlage 2

2 2 Streiche „KBKA Arnsberg“ und setze dafür „KBKA Dortmund“.

Bezug: RdErl. v. 7. 5. 1954 — Rqu 1110 — 2520/54/III E 4
(MBl. NW. S. 857/58).

— MBl. NW. 1955 S. 242.

H. Kultusminister
F. Minister für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten

Abgrenzung der Zuständigkeit zwischen
Naturschutz- und Forstbehörden

Gem. RdErl. des Kultusministers — Oberste Naturschutzbehörde — III K 2 — 40/1 — 1586/54 u. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten IV. B 3 — C 1 Nr. 4680 II/53 v. 21. 5. 1954

Da über das Genehmigungsverfahren von forstlichen Maßnahmen in Natur- und Landschaftsschutzgebieten sowie in der Allgemeinen Landschaftspflege immer noch keine einheitliche Auffassung herrscht, erfährt der hierzu ergangene RdErl. v. 21. 1. 1953 (MBI. NW. S. 258) nachstehende Neufassung:

Grundsätzlich bleiben die im Reichsnaturschutzgesetz und im Gesetz zum Schutze des Waldes festgelegten Behördenzuständigkeiten unberührt. Bei konkurrierenden Interessen der Forst- und Naturschutzbehörden ist gegenseitige Abstimmung erforderlich, die sich bereits zweckmäßigerweise auf die Vorplanung erstrecken soll.

Für die praktische Durchführung werden folgende Richtlinien gegeben:

- a) In Naturschutzgebieten und an Naturdenkmälern und deren geschützter Umgebung (§§ 3 u. 4 Reichsnaturschutzgesetz) ist für eine Durchführung forstlicher Maßnahmen die Entscheidung der Naturschutzbehörde maßgebend, die vorher die zuständige Forstbehörde zu beteiligen hat.
- b) In Landschaftsschutzgebieten (§ 5 Reichsnaturschutzgesetz) entscheidet über forstliche Maßnahmen nach den Bestimmungen des Gesetzes zum Schutze des Waldes und den hierzu ergangenen Durchführungsverordnungen die jeweils zuständige Forstbehörde. Im Falle der Umwandlung von Wald in eine andere Benutzungsart ist das Einvernehmen mit der zuständigen höheren Naturschutzbehörde herbeizuführen. Bei

der Anordnung zur Aufforstung von Odländereien über 5 ha Größe ist die höhere Naturschutzbehörde zu hören.

- c) Unabhängig von der Regelung zu a) und b) sind die Forstbehörden auf Grund des § 20 des Reichsnaturschutzgesetzes verpflichtet, vor Maßnahmen oder Planungen bzw. deren Genehmigungen, die zu wesentlichen Veränderungen der freien Landschaft führen können, die Naturschutzbehörden rechtzeitig zu beteiligen.

— MBl. NW. 1955 S. 243.

Bekanntmachung
des Landschaftsverbandes Rheinland

Mitgliedschaft in der 1. Landschaftsversammlung
Rheinland

Herr Sparkassendirektor Hermann Pieper, Mülheim-Ruhr, Dohnestraße 89, ist als Nachfolger des verstorbenen Stadtdirektors und Stadtkämmerers i.R. Friedrich Freye, Mülheim-Ruhr, Mitglied der 1. Landschaftsversammlung Rheinland geworden.

Gemäß § 7a Abs. 4 der Landschaftsverbandsordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 12. Mai 1953 in der Fassung des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Gemeindewahlen im Lande Nordrhein-Westfalen (Gemeindewahlgesetz) sowie einiger Bestimmungen des kommunalen Verfassungsrechts vom 9. Juni 1954, Artikel IV, (GV. NW. S. 219) mache ich diese Feststellung öffentlich bekannt.

Düsseldorf, den 28. Januar 1955.

Der Direktor
 des Landschaftsverbandes Rheinland:
 Klaus.

— MBl. NW. 1955 S. 244.

Einzelpreis dieser Nummer 0,30 DM.

Einzellieferungen nur durch den Verlag gegen Voreinsendung des Betrages zuzgl. Versandkosten (pro Einzelheft 0,20 DM) auf das Postscheckkonto Köln 8516 August Bagel Verlag GmbH, Düsseldorf.
 (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.)